



Technische Universität Berlin
Fakultät VII (Wirtschaft & Management)
Fachgebiet Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik (WIP)

Geldpolitische Strömungen und Instrumente

Gregor May (*Matr: 357150*)

Marius Hanniske (*Matr: 311263*)

10. September 2014

Zusammenfassung

ZUSAMMENFASSUNG ...

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Tabellenverzeichnis

1 Einleitung

1.1 Benennung der Fragestellung

Am Anfang steht die Forschung. Dabei sind zwei Motive herausgearbeitet, die die Triebfedern der wissenschaftlichen Forschung darstellen: 1.) die Neugierde nach Wissen über die Welt. Sie ist eine regelmässige Motivation zur Forschung, wie auch John Law versucht hat seine Ideen umzusetzen um herauszufinden ob sie funktionieren. Eine 2.) unabhängig davon treibende Kraft ist die unvollständige Information, die dafür sorgt, daß die Menschen nur eine vage oder gar keine Kenntnis von der Zukunft besitzen. Die Angst der Menschen vor dem Unbekannten veranlaßt sie dazu diese Unkenntnis zu beseitigen. Dieser Drang zur Veränderung der Situation schwindet jedoch, wenn die Zukunft vielversprechend aufliegt.¹⁰¹ Nicht zu vernachlässigen sind die Möglichkeiten einer Veränderung, als Reaktion auf die enttäuschenden Ergebnisse wissenschaftlicher Theorien. Was tun, wenn sich eine Diskrepanz zwischen der Theorie und Realität aufzeigt? Die erste Möglichkeit: Evolution: Anpassung der Theorie an die Realität. Schwierig, wenn die Theorie fest gefahren ist und auf Probleme mit den immer gleichen Argumentationen antworten will. Dann bleibt nur die zweite Möglichkeit der Revolution: bei der eine völlig neue Konstruktion der Analytik angefertigt wird, die die Realität besser wiedergibt als ihre Vorgängertheorie. Nicht zu vergessen das Falsifizierbarkeitskriterium: Widerlegung einer Theorie hat ein stärkeres Gewicht als ihre Bestätigung.¹⁰² Verdeutlichen wir uns das an den ökonomischen Theorien der Klassiker und Neoklassiker. Deren Theorien über ein Jahrhundert das ökonomische Geschehen geprägt haben und auch noch heute in einem gewissen Rahmen die von uns zu betrachtenden Strömungen agitieren. Die Klassiker berufen sich auf die Kräfte des freien Marktes. Den Anfang machte dabei Adam Smith mit seinem 1776 veröffentlichten Werk "Wohlstand der Nationen". Die freie Marktwirtschaft wird erklärt von einer unsichtbaren Hand¹⁰³ oder der Vorstellung einer groß $\frac{1}{2}$ en Flexibilität von Zinsen, Preisen und Löhnen und einer raschen Anpassung der Wirtschaftssubjekte an veränderte Bedingungen. D.h. sie unterstellen den Individuen ein rationales Verhalten, aus einer Vielzahl von Angeboten das Beste herauszufiltern. In einem Ungleichgewicht reagieren die Preise schneller als realisierte Angebots- und Nachfragemenge und führen sehr rasch zu einem Gleichgewicht zurück.¹⁰⁴ Mit den

¹⁰¹(?, S.11)

¹⁰²(?, S.161)

¹⁰³(?, S.137)

¹⁰⁴(?, S.291)

Argumentationen der Realpreise¹⁰⁵ befaßten sich vornehmlich die Neoklassiker.¹⁰⁶ Die Preise wiederum können bequemer zugeteilt, identifiziert und bewertet werden wenn sie eine (be)rechenbare Einheit erhalten. Diese Einheit, ob nun US-Dollar, Yen oder Euro stellt das Geld ganz allgemein dar. Dabei lässt sich das Geld in drei Funktionen unterteilen: Tauschmittel, Recheneinheit und Wertaufbewahrungsfunktion.¹⁰⁷ Die Klassiker haben die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes jedoch vernachlässigt, weil es der ökonomischen Rationalität widerspricht¹⁰⁸ Das Geld als Tauschmittel und Recheneinheit macht aus einer geschlossenen Gesellschaft¹⁰⁹ eine Tauschwirtschaft. Doch in Betracht seiner Wertaufbewahrungsfunktion hat Geld eine bestimmte Wirkung, in deren Sinn die Geldmenge ein analytisches Konzept darstellt mit dem die Wirkung des Geldes als Zielgröße der Geldpolitik herangezogen wird.¹¹⁰ Die Forderung der Klassiker war individuelle Selbstständigkeit und Freiheit die ihnen mit dem marktwirtschaftlichen Wettbewerbsmechanismus am besten geeignet erschien um die Interessen der Produzenten mit denen der Konsumenten in Einklang zu bringen. Dabei ordneten sie dem Staat eine untergeordnete Rolle zu. Seine Aufgabe bestand "lediglich aus der Verwaltung und der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung, für die innere und äußere Sicherheit, das Verkehrswesen und das Bildungs- und Gesundheitswesen zu sorgen."¹¹¹

1.2 Beschreibung des eigenen Verständnis von Geldpolitik

Nach Basseler hat die Geldpolitik die Hauptaufgabe, eine optimale Geldversorgung der Wirtschaft zu gewährleisten (Vgl. ?, S. 551). Real wird diese Aufgabe von einer größtenteils staatlichen, aber unabhängigen Zentralbank übernommen. Dabei herrscht weit verbreitet Konsens darüber, dass Geldpolitik staatliche Aufgabe bleibt, auch wenn Ideen einer dezentralen, dem Wettbewerb unterliegenden Geldversorgung durch private Geschäftsbanken und ein System konkurrierender Parallelwährungen kursieren. (Hayek) „Zentrale Zielgröße der Geldpolitik ist die Geldmenge M3. (...) Dabei ist zu beachten, dass das herkömmliche Konzept von Banken zum Konzept der Montären Finanzinstitute (MFIs) erweitert worden ist.,, (vgl. ?, S. 507)

¹⁰⁵Die Preise von Gütern kommen nie unabhängig von Preisen anderer Güter zustande

¹⁰⁶(?, S.138)

¹⁰⁷(?, S.417)

¹⁰⁸(?, S.53)

¹⁰⁹In dem Fall ist mit „geschlossener Gesellschaft“ eine nur aus Selbstversorgungseinheiten bestehende Wirtschaft, in der kein Gütertausch stattfindet, gemeint.

¹¹⁰(?, S.421)

¹¹¹(?, S.60f)

(vgl. ?, S.508) „MFIs sind also im Wesentlichen: - Zentralbanken, - Kreditinstitute und - Geldmarktfonds. (...) Innerhalb der Geldmenge M3 spielen Bargeldumlauf und täglich fällige Einlagen die größte Rolle; Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist (...) sind ebenfalls quantitativ bedeutsam; die übrigen Komponenten machen insgesamt nur knapp 20 Prozent der Geldmenge M3 aus.,,

1.2.1 Akteure des Finanzbereiches

(vgl. ?, S.511f) „Die Akteure im Finanzbereich werden allgemein Finanzintermediäre genannt. [Diese] vermitteln Finanzprodukte zwischen den Anbietern und Nachfragern. (...) Dies sind vor allem Banken und Kapitalanlagegesellschaften, die selbst Finanzprodukte kreieren sowie institutionelle Anleger.,,

„Es muss im Finanzbereich eine staatliche Institution geben, eine staatlich organisierte Zentralbank, die folgende Aufgaben erfüllt:

- die Ausgabe der gesetzlichen Zahlungsmittel (Staatliches Emissionsmonopol),
- die Durchführung einer Geldpolitik mit dem Ziel einer angemessenen Begrenzung der Geldmenge,
- die Organisation eines reibungslosen Zahlungs- und Kreditverkehrs als „Bank der Banken“,
- die Wahrung der Geldwertstabilität,
- die Bereitstellung einer ausreichenden Menge an Geld in Krisenzeiten“

(vgl. ?, S.512-13) „Geschäftsbanken (oder auch Kreditinstitute) sind die zentralen Akteure im Finanzbereich einer Volkswirtschaft. Die erste zentrale Funktion von Geschäftsbanken (kurz: Banken) ist die Abwicklung des **Zahlungsverkehrs** einer Volkswirtschaft. (...) Die zweite zentrale Funktion von Banken ist die Organisation und Durchführung des **Kreditverkehrs** einer Volkswirtschaft. „ (...)die Organisation des Kreditverkehrs ist ein klassisches Geschäft der Banken: Sie beschaffen Geld, sie verleihen Geld und sie versuchen, dieses Geld mit Gewinn wieder zurückzubekommen.(...)Die Kreditgewährung war neben der Abwicklung des Zahlungsverkehrs die klassische Aufgabe der Geschäftsbank.,, „Daneben gibt es weitere Aufgaben der Banken, vor allem die Vermögensverwaltung der Kunden, die Ausgabe und den Handel mit Wertpapieren, die Beratung und Unterstützung bei Unternehmenszusammenschlüssen oder die Unterstützung von Unternehmen bei ihrer

Kapitalaufnahme, etwa bei Börsengängen. Dies wird zusammenfassend ****Investmentbanking**** bezeichnet. (...) In diesem Segment des Bankengeschäfts werden auf Zertifikate entwickelt und verkauft oder Fonds aufgelegt und Fondsanteile verkauft. (...) In Kontinentaleuropa ist (...) das Universalbankensystem etabliert (...). Sparkassen übernehmen (...) die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und des „kleinen“ Kreditverkehrs, kleine Privatbanken übernehmen eher die Funktionen des Investmentbankings und große Universalbanken übernehmen alle Geschäftssparten.,

(vgl. ?, S.515) „Das Eigenkapital [einer Bank] setzt sich konkret zusammen aus dem Grundkapital, den Kapitalrücklagen und den Gewinnrücklagen (einbehaltene Gewinne) sowie einer stillen Einlage des Finanzmarktstabilisierungsfonds (...). Grundsätzlich ist das Eigenkapital der Banken von zentraler Bedeutung. Es ist letztlich das Kapital, das die Bank zum Ausgleich von Verlusten aus ihrem Kredit- und Investmentgeschäft einsetzen kann. Daher sind in der Bankenaufsicht bestimmte Mindestanforderungen an die Höhe des haftenden Eigenkapitals (...) vorgesehen.,

(vgl. ?, S.512) „Mit dem (...) 01.01.1999 ist (...) die Europäische Zentralbank (EZB) die zentrale Institution - also die Zentralbank - für die Festlegung und Ausführung der Geldpolitik. Daneben existiert weiterhin die Deutsche Bundesbank, die als Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland Teil des Europäischen Systems der Zentralbanken ist. Sie ist (...) ausführendes Organ der geldpolitischen Entscheidungen der (...) EZB. „

2 Technisches System

2.1 Organisationen der Europäischen Geldpolitik

In der Europäischen Union (EU) wird die Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank (EZB) und das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) organisiert. Dabei umfasst das ESZB alle 28 nationalen Zentralbanken (NZBen) der Mitgliedsstaaten der EU sowie die Europäische Zentralbank. Zuletzt wurden Estland und Lettland in die Euro-Zone aufgenommen.⁹⁸ Sonderstatus im ESZB haben dabei die sogenannten „Outs“, jene Mitgliederstaaten der EU, die den Euro nicht eingeführt haben. Dies umfasst derzeit: Dänemark, Großbritannien, Schweden sowie die meisten neuen EU-Mitgliedsstaaten nach 2001. Sie sind vom Entscheidungsprozess der ESZB ausgeschlossen und vollziehen eine eigenständige nationale Geldpolitik. Formal unterscheidet der EG-Vertrag²⁵ zwischen EZB und ESZB, faktisch entscheidet jedoch nur eine Institution: die EZB mit ihren Beschlussorganen (EZB-Rat und Direktorium der EZB.)⁹⁹ Mit Organisation von von Geldarten und Geldschöpfung durch die EZB und das ESZB sind diese bei einer supranationalen Institution innerhalb des Euro-Systems monopolisiert.

2.2 Die Europäische Zentralbank

Der EZB-Rat und das Direktorium der EZB leiten als Beschlussorgane der Europäischen Zentralbank die EZB. Das Direktorium der EZB setzt sich aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der EZB, sowie weiteren vier Mitgliedern zusammen, die von den Regierungen der Mitgliedsstaaten auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs einvernehmlich ernannt werden. Dem EU-Rat steht hierbei ein Empfehlungsrecht zu. Erweitert besteht beim Europäischem Parlament und beim EZB-Rat ein Anhörungsrecht.⁴⁶

Der EZB-Rat wiederum besteht aus dem Direktorium und den Präsidenten aller nationalen Zentralbanken, die den Euro gemeinsam eingeführt haben. Innerhalb der Europäischen Zentralbank liegt die exekutive Gewalt beim Direktorium, welches „für die Durchführung der Geldpolitik nach den Leitlinien und Beschlüssen des EZB-Rates verantwortlich ist.“⁴⁷

⁹⁸Die Eurozone besteht derzeit aus 18 EU-Staaten und hat daher auch den Beinamen „Euro-18“ erhalten.

²⁵EGV, Art. 105-109 d

⁹⁹(vgl. ?, S.553)

⁴⁶(vgl. ?, S.553)

⁴⁷(?, S.553)

Das Direktorium der EZB ist gegenüber den nationalen Zentralbanken des Eurosystems weisungsbefugt. Somit entsteht ein duales System, bestehend aus dem Exekutivorgan der EZB in Form des Direktoriums und ein ein Beschlussorgan in Form des EZB-Rates.

Beschlüsse der gemeinschaftlichen europäischen Geldpolitik des Euro-Raumes werden vom EZB-Rat erarbeitet und erlässt um die Ausgabe von Münzen und Banknoten zu regeln oder um die vom ESZB übertragenen Aufgaben zu erfüllen.¹⁰⁰ Derzeit umfasst der EZB-Rat 18 Länder und das Direktorium, abgestimmt wird mit einfacher Mehrheit der Anwesenden, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten.

2.3 Ziele und Aufgaben von ESZB und EZB

Die EG-Verträge legen als vorrangiges Ziel des ESZB und damit der EZB „die Gewährleistung der Preisstabilität(...). (...)Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft, um die Verwirklichung der in Artikel 2 festgelegten Ziele der Gemeinschaft beizutragen. Das ESZB handelt im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freien Wettbewerb ...“⁴⁸

Hier wird von der EZB eine Priorisierung der Preisstabilität gegenüber anderen Zielen wie Vollbeschäftigung und Wachstum festgeschrieben - diese weiteren Ziele werden der Preisstabilität untergeordnet. Verglichen mit der Zielvorschrift der Deutschen Bundesbank, entspricht diese Formulierung weitestgehend der damals geltenden Zielvorschrift.⁴⁹

Ideologische Grundlage für diese Priorisierung ist die von monetaristischen Strömungen ausgehende Vorstellung, dass eine Zentralbank zu aller erst die Verantwortung für eine Preisstabilität besitzt, da andere Akteure für die Vollbeschäftigung zuständig sind (z.B. Gewerkschaften, Tarifparteien, etc.) und der Wachstum sich aus dem technischen Fortschritt und dem Bevölkerungswachstum ergibt.⁵⁰

Die Aufgaben des ESZB werden im Art. 105, Abs. 2 EGV wie folgt festgelegt:

- die Geldpolitik der Gemeinschaft festzulegen und auszuführen, Divisengeschäfte im Einklang mit Artikel 111 durchzuführen,

¹⁰⁰(vgl. ?, S.553)

⁴⁸(vgl. ?, S.554)

⁴⁹ebd.

⁵⁰ebd.

- die offiziellen Währungsreserven der Mitgliedstaaten zu halten und zu verwalten,
- das reibungslose Funktionieren des Zahlungssystems zu fördern⁵⁰

2.3.1 Unabhängigkeit der EZB

Preisstabilität zu gewährleisten ist als vorrangige Ziel der EZB festgeschrieben worden. Da die EZB eine Gesamteuropäische Geldpolitik organisieren soll, steht eine Unabhängigkeit von den nationalen Interessen einzelner Regierungen als unabdingbar im Raum. Der Einfach halber sei festgestellt, dass die EZB auf verschiedene Arten als unabhängig gelten darf.⁵¹

Zum Ersten ist die EZB funktional relativ unabhängig, da sie Weisungen nicht entgegennehmen darf.³⁴

Eine solche Unabhängigkeit - keinerlei Kontrollen durch Regierungen und Parlamente zu unterliegen - ist relativ einzigartig. Sie wird nur dadurch ein klein wenig beschränkt, dass die Verpflichtung besteht, eine allgemeine Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft zu unterstützen, allerdings nur, wenn dadurch das Ziel der Preisstabilität nicht beeinträchtigt ist.

Zum Zweiten ist die EZB darüber hinaus personell unabhängig, einzig durch die Ernennung der Präsidenten der Nationalbanken können einzelne Regierungen Einfluss ausüben.

Zum Dritten ist die EZB auch finanziell unabhängig - sie verfügt über eigene Einnahmen, einen eigenen Haushalt - und sie besitzt die Kontrolle über alle Instrumente der Geldpolitik.

Bevor wir weiter auf die Geldpolitik und die Instrumente der EZB eingehen, sei angemerkt, was jener Artikel 111 EGV, welcher die Devisengeschäfte der EZB regelt beinhaltet: So legt dieser Artikel fest, dass alle Entscheidungen über die Wechselkurssysteme, ob nun flexible oder feste Wechselkurse, oder ihre Höhe bei Festlegung fester Wechselkurse dem Ministerrat⁵² vorbehalten sind.

⁵⁰(vgl. ?, S.555)

⁵¹(vgl. ?, S.555-557)

³⁴vgl. Artikel 107, EGV (Unabhängigkeit der EZB)

⁵²(?, S.555)

2.4 Instrumente der Europäischen Geldpolitik

Im weiteren Verlauf wollen wir kurz die geldpolitischen Instrumente anschauen, die der Europäischen Zentralbank, vertreten durch den EZB-Rat und das Direktorium, zur Verfügung steht.

2.4.1 Offenmarktpolitik der EZB

Zentrales Instrument für die Geldversorgung einer Wirtschaft ist die Offenmarktpolitik. Man versteht hierunter den An- und Verkauf von Wertpapieren gegen Zentralbankgeld durch die Zentralbank. Durch Offenmarktkäufe bzw. -verkäufe kann die Zentralbank die Zentralbankgeldschöpfung steuern. Für die EZB im ESZB sind nur finanziell solide MFIs, sprich Finanzinstitute, die in das Mindestreservesystem einbezogen sind, als Geschäftspartner der EZB zugelassen. Es wird allgemein zwischen der expansiven (Kauf von Wertpapieren) und kontraktiven Offenmarktpolitik (Verkauf von Wertpapieren) unterschieden.⁵⁴

Nach einem Kauf von Wertpapieren hat sicher der Bestand an Zentralbankgeld der Geschäftsbanken erhöht, diese erhöhte Geldbasis ermöglicht nun den Geschäftsbanken Kredite an Nichtbanken weiterzugeben.⁵⁵

Die Zentralbank kann Geschäftsbanken nicht zur Offenmarktpolitik zwingen, sondern muss entsprechende Anreize bieten. Diese bestehen in niedrigen Zinssätzen für die Zentralbankgeld-Kreditgewährung unterhalb des Geldmarktzinses; bei kontraktiver Offenmarktpolitik in Zinssätzen über dem Geldmarktzins. Zeitlich befristete Offenmarktgeschäfte werden auch Wertpapierpensionsgeschäfte, oder Repo-Geschäfte genannt³⁶, der Zinssatz wird hier Pensionssatz genannt³⁷. Mit Repo-Geschäften lässt sich die Zentralbankgeldmenge durch die Zentralbank recht einfach steuern, da, wenn zeitlich begrenzte Geschäfte auslaufen und nicht erneuert werden, automatisch kontraktive Effekte auftreten.

Das Bankensystem im Eurogebiet ist auf die Bereitstellung von Zentralbankgeld durch die EZB angewiesen, weshalb die Offenmarktpolitik der EZB am Interbankengeldmarkt⁵³

⁵⁴(?, S.556)

⁵⁵(?, S.557)

³⁶Repo-Geschäfte leitet sich vom englischen Repurchase - Rückkauf ab

³⁷Entsprechend heißt der Pensionssatz auch Repo-Rate

⁵³(vgl. ?, S.558f)

ansetzt. Dementsprechend greift die EZB auf folgende Instrumente zur Steuerung der Offenmarktpolitik zurück:

1. Hauptrefinanzierungsinstrument
2. längerfristige Refinanzierungsgeschäfte
3. Feinsteuerungsoption
4. Strukturelle Operationen

Das **Hauptrefinanzierungsinstrument** und das **längerfristige Refinanzierungsgeschäft** sind regelmäßig stattfindende, dem Interbankenmarkt Liquidität zuführende Repo-Geschäfte. Für das Hauptrefinanzierungsinstrument sind die wöchentlichen Transaktionen auf eine Woche Gültigkeit begrenzt. Das Hauptrefinanzierungsinstrument steuert die Zinssätze (Zentraler Leitzins der EZB) sowie die Liquidität am europäischen Geldmarkt. Die Refinanzierungsgeschäfte finden mit monatlichem Abstand statt und haben Laufzeiten über mehrere Monate bis hin zu einem Jahr Dauer.

Sollte es zu unerwarteten marktmäßigen Liquiditätsschwankungen auf die Zinssätze kommen, stehen immernoch die **Feinsteuerungsoperationen** zur Verfügung. Diese werden von Fall zu Fall mit befristeten Transaktionen, oder in der Form von definitiven Verkäufen oder Käufen von Wertpapieren ausgeführt.

Der EZB stehen als letztes Instrument der Offenmarktpolitik die **Strukturellen Operationen** zur Verfügung. Sie haben das Ziel die grundlegenden Liquiditätspositionen des Finanzsektors zu beeinflussen. Dies passiert über die Emission von Schuldverschreibungen, definitive (Ver-)Käufe und befristete Transaktionen.⁵⁸

2.4.2 Ständige Fazilitäten

Will die EZB eine genaue Steuerung des Geldmarktzinssatzes, so greift sie auf das Instrument der Ständigen Fazilität zurück. Hierunter versteht man die Bereitstellung, bzw. Abschöpfung von Liquidität jeweils bis zum nächsten Geschäftstag in Form von Tageskrediten oder täglichen Anlagen überschüssiger Liquidität. Im Unterschied zur Offenmarktpolitik erfolgt die Inanspruchnahme der ständigen Fazilitäten auf Initiative der Banken und ist grundsätzlich unbeschränkt möglich. Bislang werden sie jedoch nur in

⁵⁸(?, S.560)

geringem Umfang genutzt, da die Konditionen im Vergleich zu den Konditionen am Interbankenmarkt ungünstiger sind.⁵⁹

Geschäftsbanken können zur Deckung eines vorübergehenden Liquiditätsbedarfs unbegrenzt die Spitzenrefinanzierungsfazilität in Anspruch nehmen³⁶, müssen dazu aber von der EZB als Geschäftspartner zugelassen sein.

Haben die Geschäftsbanken eine überschüssige Liquidität, so können sie auf die Einlagefazilität zurückgreifen, und die Liquidität bis zum nächsten Geschäftstag bei den nationalen Zentralbanken anlegen.³⁷

Für gewöhnlich bewegt sich der Leitzins der EZB zwischen dem Zinssatz für die Einlagefazilität und der Spitzenrefinanzierungsfazilität, der Zinssatz von weniger als 1 Prozent für die Hauptrefinanzierung stellt einen bisher unerreichten historischen Tiefpunkt für die EZB dar. Das die EZB Wert darauf legt, den Geldmarktzinssatz genau zu steuern, zeigt, dass auch Keynesianische Elemente in die Geldpolitik der EZB einfließen.⁵⁹

2.4.3 Mindestreservepolitik

In der Europäischen Geldpolitik ist den Geschäftsbanken vorgeschrieben bei der Zentralbank einen bestimmten Prozentsatz ihrer Einlagen - den Mindestreservesatz - als Sichtguthaben vor zu halten. Die Mindestreservepolitik(vgl. ?, S.562f) ist dafür gedacht, einen stark wirkenden Einfluss auf die Geldschöpfung, bzw. das Geldschöpfungspotential der EZB zu erhalten. Gibt die EZB eine Erhöhung des Mindestreservesatz vor, nimmt das Geldschöpfungspotential zu, und bei Senkung nimmt es ab. Ein gewollter Nebeneffekt ist, dass bei einer Änderung des Mindestreservesatzes auch die Liquiditätsreserven der Geschäftsbanken sich verändern. Die Mindestreservepolitik schafft so einen stabilen zusätzlichen Zentralbankgeldbedarf und stellt so die direkte Verbindung zwischen Mindestreserve und Geldschöpfung her. Mindestreserven muss jedes Kreditinstitut im Eurosystem halten, wobei die Mindestreserven nur im Monatsdurchschnitt gehalten werden müssen. Gehaltene verzinste Mindestreserven werden dabei mit dem Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft verzinst.

⁵⁹(vgl. ?, S.560ff)

³⁶Dieser Bedarf wird mit einem im Voraus bekanntgegebenen Kreditzinssatz verzinst, dieser Zinssatz ist die Obergrenze des allgemeinen Tagesgeldsatzes am Geldmarkt

³⁷Diese Einlage wird mit einem im Voraus bekanntgegebenen Zinssatz verzinst, dieser Zinssatz ist die Untergrenze des allgemeinen Tagesgeldsatzes am Geldmarkt

⁵⁹(vgl. ?, S.562f)

2.4.4 Geldpolitische Strategien in Europa

::anmerkung:: Geldmenge M3 erklären

Die geldpolitische Strategie des Eurosystems ist von Rat der Europäischen Zentralbanken entwickelt und am 13.10.1998 der Öffentlichkeit präsentiert worden. Zentrale Elemente sind seitdem:

- Das Hauptziel der Preisstabilität, definiert als Anstieg des sogenannten Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für den Euroraum von unter 2 Prozent⁷⁸
Allerdings muss die Preisstabilität nur mittelfristig gewährleistet werden.
- Eine Geldmengenpolitik mit der Verkündung eines Referenzwertes für das Wachstum der Geldmenge M3,
- Beobachtung und Einschätzung der künftigen Preisentwicklung sowie der Preisstabilität des Euroraums insgesamt.

Als Oberstes Ziel der Geldpolitik ist die Preisstabilität ausgegeben, wobei das Ziel 2003 dahingehend präzisiert wurde, dass mittelfristig eine Preissteigerungsrate unter, aber annähernd 2 Prozent gegenüber den Vorjahr sein muss. Hiermit wird auch versucht, deflationäre Geldpolitik seitens der Nationalen Zentralbanken zu unterbinden.¹⁰¹

Durch die Priorisierung der Preisstabilität als Hauptziel europäischer Geld(mengen-)politik, nimmt die Analyse und Beurteilung zukünftiger Preisentwicklung zentrale Rolle in der Arbeit der EZB ein. Diese Arbeit ist als eine sogenannte „Zwei-Säulen-Strategie“ umschrieben worden⁹⁵, welche zum einen die wirtschaftliche Analyse mit der Beobachtung von kurz- und mittelfristigen realwirtschaftlichen Bestimmungsfaktoren der Preisentwicklung umfasst, zum Anderen durch eine monetäre Analyse der Entwicklung der Geldmengen, vor allem der Geldmenge M3 als mittel- bis langfristigen Faktor der Preisentwicklung ergänzt.

Während sich die wirtschaftliche Analyse mit dem Zusammenspiel von Angebot- und Nachfrageentwicklung an den Güter-, Dienstleistungs- und Faktormärkten zur Vermeidung von Inflation sehr Keynesianisch geprägt ist, so wird die Geldmengenanalyse aus monetaristischer Sichtweise betrieben⁹⁷. Somit lässt sich die europäische Geldpolitik als ein

⁷⁸Seit Einführung des Euros ist diese Marke allerdings jedes Jahr überschritten worden, gerade in der Finanzkrise mit mehr als 1 Prozent jährlich.

¹⁰¹(vgl. ?, S.564-568)

⁹⁵(?, S.568)

⁹⁷(?, S.568)

Kompromiss, eine Mischung aus unterschiedlichen geldpolitischen Ansichten und geldtheoretischen Positionen verstehen. Eine vereinigte Geldpolitik Europas.⁹⁹

⁹⁹(vgl. ?, S.558f)

3 Einblick in die Grundgedanken der Ökonomen des 19. und 20. Jahrhunderts

TEXT TEXT TEXT

3.1 Übersicht der zu behandelnden Strömungen und Begründung der Auswahl

TEXT TEXT TEXT

3.2 Einblick in die Grundgedanken der Keynesianischen Schule

Lord John Maynard Keynes¹⁴

Auf den Hintergrund der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932 entwickelte John Maynard Keynes seine Konzeption zu seinem Hauptwerk »The General Theory of Employment, Interest and Money«. Nahezu sämtliche Investitionstätigkeiten kamen in dieser Krise zum Erliegen. Das führte zu einer bis dahin nicht gekannten Massenarbeitslosigkeit.⁶⁰¹

Fehler die gemacht wurden⁶⁰²

sind eindeutig den falschen Annahmen der Klassiker zuzuschreiben:⁶⁰³ „das sich bei freier Konkurrenz einpendelnde Preis-, Lohn- und Zinsniveau führe stets zu Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren.“ Das Saysche Theorem besagt, dass das Angebot seine Nachfrage schafft, indem alle produzierten Güter mit dem im Produktionsprozess verdienten Einkommen aufgekauft werden. Nach Keynes nimmt jedoch der Hang zum Verbrauch bei zunehmenden Einkommen relativ ab, sodass Say's Theorem mehr oder weniger unerfüllt bleibt. Es wird gespart, wodurch ein Nachfragerückgang entsteht. Die sinkende Nachfrage lässt die Absatz Erwartungen zurück gehen und dies kann dann zu Arbeitslosigkeit

¹⁴Geboren: 5. Juni 1883 in Cambridge; Gestorben: 21. April 1946 in Tilton, im weiteren Keynes

⁶⁰¹(?, S.203)

⁶⁰²z.B. vergrößerte die Landwirtschaft während des 1. Weltkriegs seine Kapazitäten nach dem Abbruch der internationalen Handelsbeziehungen und litt nach Beendigung des Krieges an Überproduktion die sie nicht abbaute. So fielen in den Jahren vor der Krise die Preise für Anbauprodukte ins Bodenlose. Weiterer Preis- und Lohnverfall waren die Folge und damit ein Anstieg der Arbeitslosigkeit. (vgl. ?, S.14ff)

⁶⁰³(?, S.36)

führen.⁶⁰⁴ Keynes bemängelte an der klassischen Theorie, dass sie die Vollbeschäftigung aller Produktionsfaktoren voraussetze, was ja offensichtlich in der Weltwirtschaftskrise nicht zutraf. Den Hauptgrund für die hohe Arbeitslosigkeit in der Volkswirtschaft sieht Keynes in der unzureichenden Nachfrage die sich aus überschüssiger Ersparnis ergibt. Somit wird die Nachfrage zur strategischen Größe, die durch staatliche Nachfrageimpulse stimuliert werden soll, wenn die Wirtschaftstätigkeit zu erlahmen droht. Obwohl Keynes in bestimmten Situationen die Investition positiv vom Zins beeinflusst sieht, hält er den Einfluss des Zinssatzes bei weitem nicht für ausreichend um eine optimale Investitionsrate zu erzielen.⁶⁰⁵ Keynes argumentiert, dass die Investitionsnachfrage praktisch nicht auf eine Änderung des Zinssatzes reagiert und wenn es doch so wäre, würde das Systemgleichgewicht ein Zinsniveau, dass nötige Investitionen zur Vollbeschäftigung lohnend machen würde, nicht zu.⁶⁰⁶ Man kann also zusammenfassen, dass in Keynes Wirtschaftspolitik die Beschäftigung die primäre Zielgröße ist, die angestrebt werden soll und demnach die Fiskalpolitik eine starke Wirkung hat, stärker als die Geldpolitik, die nur indirekt wirke.⁶⁰⁷ Das wird auch nochmal in dem Folgenden Zitat von John Maynard Keynes deutlich: „Die Bedeutung des Geldes liegt allein in seiner Kaufkraft. Eine Veränderung in der Münzeinheit(...), hat (...)keine Auswirkungen.“⁶⁰⁸

3.3 Einblick in die Grundgedanken der Österreichischen Schule (Hayek)

3.4 Einblick in die Grundgedanken der Monetaristen (Milton Friedman)

„Die Monetaristen, an der Spitze Milton Friedman¹⁶ und die Chicagoer Schule, gehen von der Stabilität des privaten Sektors aus und sehen im funktionsfähigen Marktmechanismus die Garantie, dass die Pläne der Wirtschaftssubjekte optimal koordiniert werden, mit der Folge eines permanenten Trends zur Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren.“
501

Sie hatten die Auffassung, dass starke Impulse von der Geldpolitik ausgehen und dass sie diese stabilisierende Wirkung ausübt.⁵⁰² Friedman folgert aber, dass die stabilisierende

⁶⁰⁴(?, S.203)

⁶⁰⁵(?, S.208)

⁶⁰⁶(?, S.174)

⁶⁰⁷(?, S.181)

⁶⁰⁸(?, S.1)

¹⁶Geboren: 31. Juli 1912 in Brooklyn, New York City; Gestorben: 16. November 2006 in San Francisco, im Weiteren Friedman

⁵⁰¹(Vgl. ?, S.210)

⁵⁰²(?, S.181)

Wirkung der Geldpolitik nur bei konsequenter Verfolgung der Ziele gehalten werden kann. Das ruft dann einen Effekt des Vertrauens hervor und zwar schreibt Friedman: „Unser Wirtschaftssystem wird dann am besten funktionieren, wenn Produzenten und Konsumenten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer(...) darauf vertrauen können, dass das durchschnittliche Preisniveau sich zukünftig nach bekannten Regeln gestaltet - und zwar, dass es vorzugsweise sehr stabil sein wird.“⁵⁰³

Störungen des Wirtschaftsablaufs bzw. extreme Beschäftigungsschwankungen werden nach Meinungen der Monetaristen durch Staatseingriffe verursacht. Wenn z.B. die Staatsausgaben erhöht werden tritt der Staat als zusätzlicher Nachfrager auf dem Geld- und Kreditmarkt auf. Doch wird dadurch keine Mehrnachfrage erzeugt, sondern lediglich die private Nachfrage aus diesem Sektor ersetzt. Nach monetaristischer Lehre bleibt das Preisniveau stabil, wenn die Geldmenge dem Produktionspotential entspricht. Demzufolge ist die Ursache für eine Inflation eine zu hohe Geldmengenausweitung im Verhältnis zum Wachstum der Güterproduktion.⁵⁰⁴ Friedman schlägt also vor: „Geldmengenzuwachs mit jährlich konstanten Raten, wobei die Wachstumsrate so zu bemessen ist, dass annähernd stabile Endproduktpreise resultieren.“⁵⁰⁵ Somit kann mit dieser Stabilität durch eine „gemäßigte Geldmengenausweitung“ eine Inflation und auch Deflation verhindert werden.⁵⁰⁶

3.4.1 Friedman über Keynes

Friedmans Sichtweise auf Keynes ist verständlicherweise durch einen zeitlichen Abstand und den sich damit aufgezeigten Problemen der Keynes'schen Fiskalpolitik geprägt. „Das Komplement zur Keynes'schen Vernachlässigung des Geldes war die Betonung der Fiskalpolitik... Besonders in den USA haben sich die Staatsausgaben als das wohl instabilste Element in der Wirtschaft der Nachkriegszeit erwiesen... Dies führte zu einer Wiederbetonung des flexiblen Instruments der Geldpolitik.“⁸⁰¹

Eine Ursache der fiskalpolitischen Probleme sieht Friedman dabei in der Betrachtung kurzfristiger Entwicklungen zur Hinführung in ein Gleichgewicht indem die Marktanpassung durch staatliche Eingriffe ersetzt werden.⁸⁰²

⁵⁰³(vgl. ?, S.150)

⁵⁰⁴(Vgl. ?, S.213)

⁵⁰⁵(vgl. ?, S.132)

⁵⁰⁶(vgl. ?, S.155)

⁸⁰¹(?, S.105)

⁸⁰²(?, S.127)

Doch empfindet Friedman dabei auch Bewunderung für Keynes. Obwohl er (Keynes) in Anbetracht der Krise von 1929 den besten Weg, um aus ihr heraus zu kommen, in Fiskalpolitischen Empfehlungen sah, habe er doch ein gutes Verständnis von Geldtheorie. „Bei Keynes finde ich die Geldtheorie scharfsinnig und modern, jedoch seine politischen Empfehlungen inakzeptabel.“ Tatsächlich verteidigt Friedman sogar Keynes' „Fehlentscheidungen“ als Fehlinterpretation der Periode von 1929 bis 1933 ⁸⁰³. „Früher war Keynes ein eifriger Verfechter der Ansicht gewesen, dass man sich primär auf die orthodoxe Geldpolitik verlassen müsse, wolle man die Stabilität der Wirtschaft fördern. Er gab diese Meinung auf, als er entdeckte, dass die Liquiditätspräferenz Versuche, die langfristigen Zinssätze zu ändern durchkreuzen konnte... wandte er sich stattdessen der Fiskalpolitik zu.“ ⁸⁰⁴

⁸⁰³(?, S.121)

⁸⁰⁴(?, S.126)

4 Case Study

2014, Jahr 7 nach der wohl größten Finanzkrise seit dem 2. Weltkrieg. Die Regierungen der größten Weltwirtschaftsnationen planen oder führen große Ausgaben zur Bankenrettung oder wieder in Schwung Bringung der Wirtschaften durch, sehr zum Wohlwollen vieler ökonomen. Und doch sei angemerkt, daß es eine nicht geringe Anzahl an kommentaren gab und gibt, die diesen Maßnahmen kritisch bis ablehnend gegenüber stehen. Sie tun es aus verschiedenen Gründen, manche aus praktischen, manche aus analytischen und manche aus ideologischen Gründen.

Der Fokus der Debatte geht zurück auf die von Hayek mit begründete, sogenannte „österreichische Schule“, welche nicht selten das Argument mangelnder Effektivität gegen das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft geschwungen haben. Von ihrem Standpunkt aus, sollten Individuen ihre eigenen Entscheidungen treffen mit minimaler Beeinträchtigung durch den Staat.

Dieser Standpunkt ist derzeit nicht repräsentativ für die vorherrschende Hauptströmungen neomonetaristischer und neokeynsianischer Wirtschafts- und Geldpolitik.

Hauptsächlich handelt es sich dabei um eine These, die mit wenig empirischer Belegbarkeit belastbar ist, allerdings kann diese These helfen die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, wo das Eingreifen der Regierungen katastrophal gescheitert ist; jedoch auch ihr Gegenteil: die Beispiele, wo diese Interventionen funktionierten.

Ist das alte, liberale Prinzip „Laßt das Kapital in den Händen der Einzelnen Früchte tragen“ immer noch der richtige Leitsatz, oder ist wirklich der Staat kompetenter zu entscheiden, wo und in welcher Form das verfügbare Kapital am zweckmäßigsten zu verwenden ist? (?, S.23f)

Schaut man sich die Geschichte der Entwicklung der (Finanz-)Märkte seit dem 16. Jahrhundert an, so kann man wieder und wieder ein, ob nun kürzlich oder in Vergangenheit eines beobachten: Umregulierte Märkte boomen und kollabieren schließlich. Die aller ersten Märkte reagierten damals mit erzwungener Standardisierung von Gewichten und Maßeinheiten, eine Regulierung, der sich auch Hayek nicht verschloß.

Ironischerweise plädieren gerade die Vertreter einer Nicht-Regulierungs-Sichtweise im Namen des Allgemeinwohls für die Maximierung der individuellen Freiheit. Die Kosten des Individuellen Scheiterns werden jedoch nicht berechnet.

Zwei Hauptargumente lassen sich gegen ein nicht-Eingreifen in den Markt zu Felde führen; zum einen existiert bereits ein Maß an Eingriffen, weit über das von den Österreichern vorgeschlagene Mittel hinausgehend, in Form von lang zeitlich etablierten industriellen Normen. Gleichzeitig sehen wir über die letzten 3 Jahrzehnte einen beispiellosen Anstieg gesellschaftlichen und individuellen Wohlstands. Und darüber hinaus, sei ergänzend festgestellt, daß die Vorteile des gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsanstiegs deutlich mehr geteilt werden, als jemals zuvor. Vereinfacht gesagt: Das derzeitige Modell angemessener Eingriffe funktioniert.

Zum anderen scheinen Verfechter einer Nicht-Regulierungs-Sichtweise davon überzeugt zu sein, daß individuelle Entscheidungen in der Regel von Ignoranz, Falschinformation oder betrügerischer Absicht beeinflusst sind. //Dies nimmt Hayek als Begründung, daß der Staat nicht handeln dürfe // Ja, Individuen sind in der Lage, Entscheidungen zu treffen, die ihnen selbst, oder anderen Schaden zufügen können. Augenscheinlich ist jedoch, daß wir vermeintlich von Fehlern lernen können und wir für das nächste mal bessere Entscheidungen treffen können. Und ja, manche Entscheidungen sind katastrophal, wie jene, die die Umwelt betreffen. Und: es gibt Fehler, von deren Wiedergutmachung unmöglich ist.

Selbstverständlich können Regulierungen durch Regierungen taktisch unklug, ja, sogar töricht sein. Auch sind desaströse Resultate möglich. Eingriffe können korrumpiert sein, oder schlimmer: strategischen Moral Hazard belohnen. Oder gelegentlich schlicht und einfach nicht funktionieren. Doch können diese Einwände nicht als generelles Argument gegen Regulierungen gelten. Jedoch ist es ein Argument dafür, daß jede Regulierung mit bedacht ausgewählt und sehr sorgfältig geplant werden muß, sowie, daß aus Erfahrungen gelernt werden muß. Die ist, wie auch der Realität mit die man meistern muß, ein vertracktes unterfangen. Nicht-Regulierungs-Befürworter scheinen eine simplere Antwort, das "Nein" zu wählen, eine magische Beschwörungsformel um die Realität weniger real werden zu lassen.

Wieder und wieder, Streitpunkt um Streitpunkt, so nähert man sich Antwort um Antwort den Fragestellungen unserer Hochkomplexen Welt.

Schauen wir uns die jüngere Vergangenheit an, so ist rückblickend die mehrheitliche öffentliche Meinung dahingehend bestätigt worden, daß Eingriffe im großen Maßstab in das Bankensystem sinnvoll waren und sind, nachdem dieses stark beeinträchtigt war. Es wäre katastrophal gewesen, einfach darauf zu warten, daß der Bankensystem sich wieder rekonstituiert und hätte noch größeren gesellschaftlichen Schaden angerichtet, als

durch die Finanzkrise schon so angerichtet wurde. Darüber hinaus: Wenn Konsumenten und Unternehmen ihre Ausgaben senken, müssen die Regierungen sich gegen den Trend stemmen und seine Ausgaben erhöhen. Auf die grundlegende Richtigkeit dieser Logik wies schon Keynes hin.

Der wissenschaftliche Einspruch gegen die Erhöhung in Deutschland ist vor allem, daß diese Erhöhung der Ausgaben Unternehmensausgaben verdrängen. Doch es kann nichts verdrängt werden, was bereits weggefallen ist. Selbstverständlich wird diese Verdrängung von Unternehmensausgaben durch den Staat eine ernsthafte Bedrohung, sobald die Wirtschaft sich erneuert. Und ein inflationärer Druck steht als zukünftige Gefahr am Himmel. Doch heißt dies bloß, daß diese stimulierenden Eingriffe schnell zurück gefahren werden müssen, wenn die Umstände, die zu ihrer Einsetzung führten, sich verändern.

Auf Grund der Eile und Größe der in die Wege geleiteten Ausgaben (begleitet von anderen finanziellen Hilfen für Geschäfts- und Kreditbanken), war von vornherein klar: Geld wird verschwendet, manches auch ohne Einsatzzweck verbrannt. Doch das war scheinbar der Preis, den man für die "Kernschmelze des Finanzsektors" bereit war zu zahlen.

Die Analogie mag vielleicht überstrapaziert sein, doch sie trifft immernoch: Wenn das Haus in Flammen steht, schütte Waßer überall hin, um die Flammen auszulöschen. Danach beginnt der schwierige Prozeß: Wir müssen den Keller auspumpen und Bauschäden der Konstruktion reparieren.

ESZB! (ESZB!) EZB! (EZB!)

5 Abkürzungsverzeichnis

ESZB Europäisches System der Zentralbanken

EZB Europäische Zentralbank

6 Literaturverzeichnis

Literatur

- Baßeler, Ulrich, Heinrich, Jürgen, & Utecht, Burkhard. 2010. *Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft* -. 19. überarbeitete auflage edn. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Bombach, Gottfried. 1981. *Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik: Entwicklung und Stand der Diskussion*. Berlin u.a: Springer.
- Friedman, Milton. 1970. *Die optimale Geldmenge und andere Essays*. München: Verlag Moderne Industrie.
- Keynes, John Maynard. 1997. *Ein Traktat über Währungsreform*. 2. Auflage edn. Duncker & Humblot.
- Keynes, John Maynard. 2011. *Das Ende des Laissez-Faire*. Duncker & Humblot.
- Peters, Hans-Rudolf. 2000. *Wirtschaftspolitik*. München: Oldenbourg.